

Das Amt nahm die Situation zu wenig ernst

THUN Mangelnde Empathie und Kommunikation, aber auch «Beratungsresistenz» bei städtischen Stellen, insbesondere beim Amt für Bildung und Sport, haben dazu geführt, dass die Geschehnisse rund ums Thuner Seefeldschulhaus eskaliert sind. Die Stadt will nun ihre Lehren aus den Vorkommnissen ziehen.

Ganze 50 Seiten ist er dick und 20 000 Franken teuer: Der Bericht zum Verhalten und Zusammenwirken der städtischen Stellen in Sachen Seefeldschule. Gestern stellten der Verfasser Ueli Friederich und die Stadt als Auftraggeberin die Resultate der Öffentlichkeit vor.

Und auch wenn Rechtsanwalt Friederich darin festhält, dass keine Vorschriften verletzt oder Personen gefährdet worden sind, stellt er den Behörden nicht nur ein gutes Zeugnis aus: Gerade das Amt für Bildung und Sport, welches Frank Heinzmann leitet, hat gemäss dem Bericht in gewissen Punkten «unaufmerksam, zögerlich und nicht mit der nötigen Entschlossenheit» reagiert. Dies insbesondere, nachdem es Anfang Dezember 2016 durch die Schulleitung über die baulichen Zustände im Schulhaus und die drohende Kündigung einer Lehrkraft ins Bild gesetzt worden war (siehe Kasten rechts). Dass das Amt den Termin für ein Gespräch mit der Schulleitung einen Monat und eine Besichtigung erst drei Monate später ansetzte, sind für Friederich klare Zeichen dafür, dass das Amt «den klaren Signalen keine oder zu wenig Beachtung schenkte» und damit die Eskalation in Kauf nahm. Zudem beanstandet Friederich, dass das Amt für Stadtliegenschaften, welches zur Direktion von Gemeinderat Konrad Hädener (CVP) gehört, nicht nur zu spät, sondern auch unzureichend auf die Dringlichkeit des Anliegens aufmerksam gemacht worden sei.

Forderungen «vergessen»

Gerade auch die ausdrückliche Bitte der Schulleitung von Mitte April 2017, ein Schadstoffgutachten durchzuführen, blieb gemäss Friederich ohne Reaktion und ging am Informationsanlass vom 31. Mai, zu welchem die Stadt geladen hatte, sogar «vergessen». Die anwesenden Behördenvertreter hatten den Eltern damals vorgeworfen, sie hätten ihre konkreten Ängste in Bezug auf Schimmel oder Asbest gar nie mitgeteilt. Auch vom geforderten

Innerhalb der Stadtverwaltung gibt es zuweilen «ein mehr oder weniger ausgeprägtes Gärtchendenken».

Aus dem Bericht

Schadstoffgutachten wisse man nichts. «Dies, obwohl es sich dabei um aktenkundige Tatsachen handelte», wie es Friederich ausdrückt.

«Nicht bedürfnisgerecht»

Kritik übt der Rechtsanwalt schliesslich auch ganz grundsätzlich an der Art und Weise, wie der Informationsanlass vom 31. Mai durchgeführt worden sei: Es sei «nicht nachvollziehbar», dass damals nicht auf die vorgängig eingereichten Fragen der Eltern eingegangen worden sei, obwohl dies mehrfach in Aussicht gestellt worden sei. «Der Anlass war in dieser Hinsicht alles andere als bedürfnisgerecht», steht im Bericht geschrieben.

Ganz besonders bedauert Friederich in diesem Zusammenhang, dass die Projektleiterin Kommunikation, welche die ferienhalber abwesende Kommunikationsverantwortliche vertrat, nicht oder nur am Rande miteinbezogen worden sei: «Denn damit hätte eine Eskalation, wie sie am 31. Mai stattfand, mit einiger Wahrscheinlichkeit vermieden werden können.» Man habe ihr deutlich zu verstehen gegeben, dass ihre Mitwirkung nicht erwünscht sei, sagte die Projektleiterin Kommunikation aus.

In den Augen des Experten haben die anderen involvierten Stellen wie das Amt für Stadtliegenschaften, der **Stadtpräsident**, der Gesamtgemeinderat und die Schulleitung hingegen rechtzeitig und adäquat gehandelt.

Mangelnde Zusammenarbeit

Der Bericht ist schliesslich auch der Frage nach der Zusammenarbeit des Amtes für Bildung und Sport und des Amtes für Stadtliegenschaften nachgegangen. Dabei zeigt sich: «Alle befragten Personen der Verwaltung und der Schulkommission sehen hier Probleme und Verbesserungspotenzial.»

Grundsätzlich sei die Zusammenarbeit unter den Ämtern mehr wettbewerbsähnlich als kooperativ. Es fehle eine ausreichende Kommunikation und ein vernetztes Denken. Friederich hält fest, dass es innerhalb der Stadtverwaltung zuweilen «ein mehr oder weniger ausgeprägtes Gärtchendenken» und in den beiden Abteilungen unterschiedliche Kulturen gebe: auf der einen Seite das eher pragmatische Amt für Stadtliegenschaften, das auch als «handglismet» wahrgenommen werde, und auf der anderen Seite das Amt für Bildung und Sport, das offenbar viel Wert auf



«Es lief nicht alles rund»: Rechtsanwalt Ueli Friederich (links) erörtere gestern seinen Bericht, verfolgte aber auch die Äusserungen von **Stadtpräsident Raphael Lanz** (Mitte) und Gemeinderat Roman Gimmel, welche ihre Sicht der Dinge darstellten.

Patric Spahni

WAS DER BERICHT AUCH NOCH ZUTAGE FÖRDERT

Von Irrungen und Wirrungen in der städtischen Verwaltung

Der vorliegende Bericht von Rechtsanwalt Ueli Friederich bringt Details zutage, welche für die städtischen Stellen wenig schmeichelnhaft sind.

Wie Ueli Friederich eingangs zu seinem Bericht erwähnt, sind Interventionen zum Zustand des Seefeldschulhauses erst seit Ende 2016 aktenkundig. Bis zu diesem Zeitpunkt bestünden keine Hinweise auf fehlerhaftes Verhalten der Behörden. Mängel im Schulhaus Seefeld seien lange Zeit nur Gegenstand von beiläufigen Hinweisen gewesen und von den Eltern als Preis dafür in Kauf genommen worden, dass das Seefeld über ein eigenes Schulhaus verfüge.

den äusseren Auftritt lege und den Eindruck entstehen lasse, dass die Form mehr zähle als der Inhalt.

Ein Kommunikationsproblem

Für Ueli Friederich ist auch klar, dass für die unerfreuliche Entwicklung im Fall Seefeld nicht in erster Linie organisatorische Mängel, sondern vielmehr mangelnde Aufmerksamkeit und Empathie sowie die damit verbundene Unterschätzung der Befindlichkeit der Eltern, aber schliesslich auch eine gewisse

Erstmals aktenkundig wird der Fall am 2. Dezember 2016, als die zuständige Schulleitung ein Schreiben an den Chef des Amtes für Bildung und Sport, Frank Heinzmann, richtet und diesen bittet, der Schulraumplanung im Seefeld «mit Dringlichkeit» zu begegnen, weil sonst Kündigungen von Lehrpersonen drohten.

Frank Heinzmann informierte den Leiter des Amtes für Stadtliegenschaften, Thomas Zumthurm, anlässlich eines Mittagessens am 7. Februar 2017 mündlich über das Thema. Das Schreiben der Schulleitung wurde damals «möglicherweise eher beiläufig erwähnt», wie es im Bericht steht, aber nicht übergeben.

«Beratungsresistenz» verantwortlich waren. So hätten stadintern mehrere Personen im Vorfeld des Informationsanlasses vom 31. Mai auf den Ernst der Situation hingewiesen, ihre Voten seien aber nicht beachtet worden. «In diesem Sinne», schloss Ueli Friederich gestern seine Ausführungen, «war der Fall Schule Seefeld zu einem guten Teil ein Kommunikationsproblem.»

Bedauern bei Gimmel

In einer ersten Reaktion bedauerte gestern Gemeinderat Ro-

man Gimmel (SVP), dass die Situation nicht besser gelöst worden sei. «Wir haben wegen einer Falscheinschätzung der Lage zu lange nicht und dann nicht vehement genug reagiert», erklärte er vor den Medien. Die involvierten Stellen würden aber ihre Lehren aus den Vorgängen ziehen.

Am 2. März fand die Besichtigung vor Ort mit beiden Ämtern statt, an welcher die betreffende Lehrkraft nicht dabei war, obwohl sie das ausdrücklich gewünscht hatte. Die Anwesenden seien ob dem Zustand der Baracke erschrocken, heisst es im Bericht. Eine Mitarbeiterin des Amtes für Stadtliegenschaften meinte, man müsse sich schämen. Unklar war, wer eigentlich für die Führung der Besichtigung verantwortlich war. Einzelne Beteiligte machten sich persönliche Notizen. Eine Aktennotiz vom Anlass wurde nicht erstellt.

Am 31. Mai schliesslich ging der viel diskutierte Informationsanlass über die Bühne.

man Gimmel (SVP), dass die Situation nicht besser gelöst worden sei. «Wir haben wegen einer Falscheinschätzung der Lage zu lange nicht und dann nicht vehement genug reagiert», erklärte er vor den Medien. Die involvierten Stellen würden aber ihre Lehren aus den Vorgängen ziehen.

Stadtpräsident Raphael Lanz kündigte denn auch konkrete Schritte an: So sei der Stadtschreiber beauftragt worden, die Zusammenarbeit zwischen den städtischen Ämtern zu thema-

Thomas Zumthurm erfuhr gemäss eigenen Angaben erst damals vom Schreiben vom 2. Dezember. Er kontaktierte bereits am Tag darauf zwei Bauphysikfirmen für ein Schadstoffgutachten.

Nach dem 31. Mai hätten wieder alle Stellen sach- und zeitgerecht gehandelt, hält der Bericht fest. So zog der Gesamtgemeinderat am 9. Juni das Geschäft an sich und erklärte es zur Chefsache. Nach einer weiteren Besichtigung wurden erst verschiedene Sanierungsmassnahmen beschlossen, später dann der Abbruch des Schulhauses sowie die nun vorliegende Untersuchung in die Wege geleitet. *don*

tisieren und in der Verwaltung das Bewusstsein zu schärfen, dass die Stadt Thun als Ganzes als Dienstleistungsunternehmen wahrgenommen werde.

Auf Anraten des Experten will die Stadt auch das Thema Schulraumplanung überprüfen und sich dabei vermehrt auf Erfahrungen anderer Städte wie Bern stützen (siehe Text unten).

Barbara Schluchter-Donski

Den ausführlichen Expertenbericht finden Sie online unter www.thunertagblatt.ch.

Das Warten auf den Entscheid des Kantons hat bald ein Ende

In Sachen Schulraumplanung im Seefeld wartet die Stadt immer noch auf den Entscheid des Kantons. Das Thema ist auch ein Traktandum an der nächsten Stadtratssitzung von übermorgen Freitag.

Das Schulhaus Seefeld, welches bis zu den Sommerferien in der mittlerweile abgerissenen Baracke untergebracht war, bot Raum für eine Kindergarten- und zwei Primarklassen. Seit dem Beginn des Schuljahres 2017/2018 ist der Kindergarten nun an der Schubertstrasse neben einem bereits bestehenden Kindergarten und die zwei

Schulklassen im Schulhaus Pestalozzi beheimatet. Als nächster Schritt sollen die zwei Schulklassen in einem Schulraumprovisorium an der Schubertstrasse und die beiden Kindergartenklassen in einem Neubau an der Äusseren Ringstrasse untergebracht werden.

«Die Planung für den provisorischen Schulraum ist umgehend eingeleitet worden, und die Machbarkeitsstudie liegt vor», vermeldete gestern Gemeinderat Roman Gimmel (SVP) im Rahmen der Medienkonferenz (siehe oben). Als nächster Schritt werde im Frühjahr 2018 die Baubewilligung eingereicht.

Nach dem Wegzug des Kompetenzzentrums Integration, das bisher ebenfalls an der Schubertstrasse eingerichtet war, sollen die bestehenden Holzbaracken abgebrochen und die neuen Provisorien erstellt werden. «Der Bezugstermin ist vor allem von einem reibungslosen Baubewilligungsverfahren abhängig», ergänzte Gimmel. Man sei aber auf Kurs.

Kindergarten 2021 fertig

Für den neuen Doppelkindergarten an der Äusseren Ringstrasse ist schliesslich ein Architekturwettbewerb nötig: Die entsprechende Kreditgenehmigung

durch den Stadtrat und die Ausschreibung sollen gemäss Roman Gimmel im kommenden Jahr erfolgen. Der Bezug sollte schliesslich per Schuljahr 2021/2022 erfolgen.

Kanton entscheidet bald

Roman Gimmel konnte auch den neusten Stand in Sachen Gymnasium Thun vermelden: Mit Vertretern des Kantons habe am 30. November eine weitere Sitzung stattgefunden. Dabei sei festgehalten worden, dass der Kanton noch in diesem Monat darüber entscheiden wolle, ob er am Standort Seefeld weiter festhalten wolle. Die entsprechende

Kommunikation sei auf Januar 2018 in Aussicht gestellt worden. Mit diesem Entscheid würde der Weg für die langfristige Schulraumplanung im Seefeld freigegeben.

Das Thema Schulraumplanung im Seefeld ist auch ein Traktandum an der Stadtratssitzung vom Freitag: Denn mittlerweile hat der Gemeinderat die Fragen von Andrea de Meuron (Grüne) und Markus van Wijk (FDP) sowie von Mitunterzeichnenden zum Thema schriftlich beantwortet. Unter anderem hält die Exekutive fest, wie sie nach dem Entscheid des Kantons weiter verfahren wird: Entscheidet sich der Kanton

nämlich für den alleinigen Standort Schadau, will die Stadt konkrete Verhandlungen bezüglich einer teilweisen Übernahme der Schulgebäude im Seefeld aufnehmen. Hält der Kanton allerdings am Standort Seefeld fest, dann will die Stadt «umgehend Planungsschritte für den Neubau einer Schule Seefeld an der Schubertstrasse 10 in die Wege leiten».

Die Stadt gibt ausserdem zu bedenken, dass auch die Schule Hohmad von den Verzögerungen betroffen sei. Der Unterhaltsbedarf in diesem Schulhaus sei ihr durchaus bekannt. Deshalb würden kurzfristige Verbesserungen umgesetzt. *don*